

Schweizerische Bundeskanzlei
Frau Annemarie Huber-Hotz
Bundehaus
3003 Bern

28. Februar 2005

Bundesgesetz über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative und Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. November 2004 haben Sie uns eingeladen, zum Bundesgesetz über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative und zur Revision der Bundesgesetzgebung über die politischen Rechte Stellung zu nehmen. Für die gebotene Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen.

Die Wirtschaft ist von diesen beiden Vernehmlassungen nur am Rande betroffen. Bei unseren Mitgliedern gab die Vorlage zu keinen Bemerkungen Anlass und wir verzichteten aus diesem Grund auf eine Stellungnahme.

Bei Fragen oder für weitere Informationen steht Ihnen der Rechtsunterzeichnende gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen
economiesuisse

Dr. Rudolf Ramsauer
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Thomas Pletscher
Mitglied der Geschäftsleitung